

Der BUND will es wissen: Wie „öko“ sind die OB-Kandidat*innen für Hannover?

Die Forderungen des BUND Region Hannover an die zukünftige Stadtspitze:

1. Flächenversiegelung: Der Flächenverbrauch, insbesondere durch Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen, ist nach wie vor auch in Hannover zu hoch – mit allen negativen Folgewirkungen u.a. für die Artenvielfalt, das Stadtklima und die Lebensqualität. Daher sind alle 2019 verbleibenden, ökologisch bedeutsamen¹ Frei- und Grünflächen im Bereich der LHH zu erhalten und wenn möglich planungsrechtlich abzusichern.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Ja / nein / unentschieden

2. Schwarze Heide: Pläne, in der Schwarzen Heide westlich der Stelinger Straße weitere Baugebiete zuzulassen, werden aufgegeben. Eine Bebauung würde nicht nur die Lebensräume sehr seltener Tier- und Pflanzenarten gefährden, sondern auch ein beliebtes Naherholungsgebiet – ein seltenes Relikt kleinbäuerlicher Kulturlandschaft vor den Toren Hannovers – nachhaltig beeinträchtigen bzw. zerstören. Stattdessen setzt sich die LHH dafür ein, dass die Schwarze Heide westlich der Stelinger Straße endlich als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen wird.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Ja / nein / unentschieden

3. MHH-Neubau: Die Notwendigkeit eines Neu- oder Umbaus wird nicht in Frage gestellt. Das bisherige Konzept beinhaltet allerdings keine zukunftsfähige Erschließung mit öffentlichem Verkehr, und es würden für das Stadtklima der Zukunft wichtige Grünbereiche überbaut werden. Die Stadt Hannover besteht auf einer Planung im Bereich der bestehenden Stadtbahn-anbindung und gibt das aktuell überplante Grundstück nicht an das Land ab.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Ja / nein / unentschieden

4. Klimanotstand: Die Stadt erklärt den Klimanotstand innerhalb von einem halben Jahr ab OB-Wahl. Alle Planungen sind damit auf ihre Klimaverträglichkeit zu prüfen, und es ist die jeweils klimaschonendere Variante zu verwirklichen.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Ja / nein / unentschieden

5. Stadtklima und Klimafolgenanpassung: Gebäudebegrünungen sind ein wichtiger Baustein der städtischen Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels mit immer mehr sommerlichen Hitzetagen. Alle städtischen und privaten Neubauten im Innenstadtbereich sind deshalb obligatorisch mit einer Fassadenbegrünung von mindestens 50 Prozent der Außenflächen zu versehen und bei Dächern bis 20 Prozent Neigung mit Dachbegrünungen. Bei städtischen Flachdächern werden Solarzellen in Kombination mit Gründächern obligatorisch, bei Neubauten auch im privaten Bereich.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Ja / nein / unentschieden

1 alle „grünen“ Bereiche laut Landschaftsrahmenplan, Karte 1 Arten und Biotope.

6. Verkehr: Besonders im Innenstadtbereich wird der Verkehr durch Präferenz für Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV und die Eindämmung des Individualverkehrs mit Pkw (unabhängig von der Antriebstechnik) neu geordnet. Der ÖPNV wird durch enge Taktung und niedrige Preise attraktiver gestaltet. Zu beachten sind hier insbesondere auch die Empfehlungen des ADFC. Das Radwegenetz wird instandgesetzt und deutlich ausgebaut – insbesondere mit Hinblick auf den Trend zu zusätzlichem Verkehr mit E-Rollern, was zu beträchtlicher Enge auf Radwegen führt.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Ja / nein / unentschieden

7. Biodiversität: Alle städtischen Grünflächen, die nicht nutzungsbedingt häufig gemäht werden müssen, werden entsprechend dem Konzept „Insektenfreundliches kommunales Grün in Hannover“ zu blüten- und artenreichen Flächen entwickelt (u.a. wiesenartige Pflege, Aussparen von Teilflächen bei jeder Mahd, Einbringen von Wildpflanzen). Das Personal für die Pflege der Flächen wird hierfür ausreichend geschult und aufgestockt. Lebensräume von seltenen / bedrohten Tier- und Pflanzenarten werden geschützt.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Ja / nein / unentschieden

8. Schottergärten: Ökologisch wertlose Schottergärten sind nach wie vor im Trend. Weder sind sie Lebensraum für heimische Tiere und Pflanzen noch haben sie eine günstige Auswirkung auf das Klima, im Gegenteil: Schottergärten verstärken die sommerliche Aufheizung der Städte. Dabei sind sie schon jetzt nach der NdsBauOrdnung unzulässig. In der LHH wird deshalb die Verschotterung von Gärten und Vorgärten über die Bauleitplanung mithilfe von Satzungen für B-Pläne konsequent verboten und Verstöße werden über das Bauordnungsrecht geahndet.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Ja / nein / unentschieden

9. Umgang mit Regenwasser: Die LHH stellt sicher, dass möglichst wenig Wasser über die Kanalisation in die Vorfluter abgeführt wird. Innovative Rückhaltungsmöglichkeiten sollen auch in Hannover umgesetzt werden, zum Beispiel über Retentionsbereiche in Grünflächen. Die Nutzung von Regenwasser für Gebäudekühlung und für Park-, Gärten- und Baumbewässerung soll gefördert werden.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Ja / nein / unentschieden

10. Landwirtschaft: Die städtischen Flächen auf dem Kronsberg werden derart neu geordnet, dass sie alle biologisch bewirtschaftet werden. Der bestehende Kronsberghof kann wirtschaftlich weiter existieren, die Umstellung mindestens eines zweiten Betriebs auf Bioanbau wird von der LHH unterstützt. Ein besonderer Fokus soll dabei auf der Regionalvermarktung der landwirtschaftlichen Produkte liegen.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Ja / nein / unentschieden

bio & regional: Kantinen in kommunaler Hand – auch bei Verpachtung und Beauftragung an Dritte (z.B. bei Anlieferung von Essen für Kitas und Schulen) – steigen sukzessiv innerhalb von drei Jahren auf 100 Prozent biologische, faire und regional erzeugte Produkte um.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Ja / nein / unentschieden

Die Antworten der Kandidat*innen:

Marc Hansmann (SPD):

- *1 *Nein:* Die Forderung ist berechtigt – aber die Stadt wächst und viele Menschen sind verzweifelt auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum. Geeignete Flächen wie in der Schwarzen Heide müssen wir erschließen, um den Bedarf an Wohnungen zu decken.
- *2 *Nein:* Der Rat hat mit großer Mehrheit der dringend notwendigen städtebaulichen Entwicklung dieser Fläche zugestimmt. Die Schwarze Heide genießt in dem Bereich der angestrebten städtebaulichen Entwicklung auch keinen erhöhten Schutzstatus, es sind landwirtschaftliche Ackerflächen.
- *3 *Unentschieden:* Die Landeshauptstadt ist tatsächlich vertraglich dazu verpflichtet, das Grundstück an das Land abzugeben. Ich werde jedoch nachdrücklich für eine vernünftige ÖPNV-Anbindung des Neubaus eintreten.
- *4 *Unentschieden:* Ich werde alles dafür tun, um die städtischen Klimaziele zu erreichen. Die wichtigste Maßnahme ist die Umstellung des Kohlekraftwerks in Stöcken auf Biomasse. Allein dadurch können wir über 600.000 Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen. Wichtiger als der Klimanotstand, der in der Praxis kein einziges Kilogramm CO₂ spart, sind solche konkreten Maßnahmen.
- *5 *Unentschieden:* Hannover hat bereits ein Förderprogramm zur Fassaden- und Dachbegrünung, ebenso soll die Erzeugung regenerativer Energien über PV-Anlagen auf Dächern im Stadtgebiet deutlich ausgeweitet werden. Für die Innenstadt brauchen wir eine Kombination aus Maßnahmen wie Parks, Grasflächen, Dach- und Fassadenbegrünung, Baumpflanzungen und Wasserflächen, um in Zusammenarbeit mit den Eigentümern das Mikroklima zu verbessern und die Luftverschmutzung, Lärm- und Staubbelastung einzudämmen.
- *6 *Ja:* Ich werde den Radverkehr ausbauen und insbesondere die Sicherheit für Radfahrende erhöhen, indem wir den Autoverkehr und die Radwege besser trennen und getrennte Ampelschaltungen für Autos und Fahrräder einführen. Um den Umstieg auf Bus und Bahn attraktiver zu machen, werde ich die Stadtbahnlinien ausbauen und mit der Regionsverwaltung über günstige Fahrkarten verhandeln. Ganz konkret will ich eine Ausweitung der Jugendnetzkarte auf Auszubildende sowie eine Fahrkarte für Rentnerinnen und Rentner für maximal 30 Euro im Monat einführen.
- *7 *Unentschieden:* Auf Initiative des Rates wurde bereits eine Ausweitung der Blühflächen für ein insektenfreundliches kommunales Grün beschlossen.
- *8 *Unentschieden:* Im Agrikulturprogramm der Stadt wurde bereits eine schrittweise Umstellung der städtischen Flächen auf biologische Bewirtschaftung beschlossen. Diese Umstellung unterstütze ich sehr – allerdings müssen die laufenden Pachtverträge beachtet werden.
- *9 *Unentschieden:* Gerade bei der Ernährung von Kindern ist mir eine biologische und regionale Ernährung ein wichtiges Anliegen. Aber in Schulmensen und beim Mittagessen für die Kinder in Krippen und Kindergärten müssen Preissteigerungen verhindert oder zumindest sehr begrenzt werden. Familien aus ärmeren Verhältnissen dürfen wir nicht zusätzlich belasten.

Eckhard Scholz (parteiloser Kandidat der CDU)

Vorbemerkung des Kandidaten: Komplexe politische Fragestellungen lassen sich nur selten mit Ja oder Nein beantworten, und auch unentschieden bin ich in nur ganz wenigen Fällen. Da Ihre Positionen und Forderungen sehr konkret sind, habe ich mir die Freiheit genommen, ähnlich konkret Position zu beziehen.

- *10 *Ja:* Hannover ist eine Metropole, die zusätzliche Wohnungen benötigt und Gewerbe ansiedeln muss. Diese Vorhaben werde ich mit ökologischen Aspekten in Einklang bringen. Bestehende Naherholungsmöglichkeiten und ökologisch wertvolle Flächen dürfen hierbei nicht wahllos geopfert werden. Mein Ziel für Hannover: Auf der einen Seite bereits versiegelte Wohn- und Gewerbeflächen effizient ausbauen (Verdichtung nach Augenmaß, Aufstockung, Reaktivierung leerstehender bzw. brachliegender Flächen) und auf der anderen Seite bestehende Grünflächen aufwerten und neue Naherholungsflächen schaffen.
- *11 *Unentschieden:* Der Bauausschuss hat im April einstimmig beschlossen, vorbereitende Untersuchungen für ein neues Wohngebiet Schwarze Heide West durchzuführen. In diesem Rahmen werden auch Umweltaspekte mit überprüft, was ich sehr ernst nehme. Die Angemessenheit einer Bebauung ist nach Abschluss der Untersuchung zu beurteilen.
- *12 *Ja:* Ich fordere, dass die Neue MHH einen Stadtbahn-Anschluss zwischen Stadtfelddamm und Podbielskistraße über die Hermann-Bahlsen-Allee bekommt. Mit nur geringem Bauaufwand könnte gar eine neue Linie zwischen Neuer MHH und der Wasserstadt Limmer entstehen. Ich sehe großes Potential für eine solche Linie, da weitgehend auf das bestehende Netz zurückgegriffen werden kann. Erst durch einen attraktiven ÖPNV werden Menschen motiviert, das Auto stehen zu lassen und somit einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz zu leisten.
- *13 *Nein – und ja!* Ich lehne den Begriff „Klimanotstand“ ab, da er den Eindruck erweckt, die Verwaltung müsse sich mit Blick auf ihre Klimaschutz-Maßnahmen nicht mehr an Recht und Gesetz halten. Vielmehr liegt mir der dahinterliegende Grundgedanke eines effektiven Umwelt- und Klimaschutzes am Herzen. Klar ist, dass gesteckte Klimaschutzziele erreicht werden müssen. Daher möchte ich ein der Politik vorgelagertes Gremium ins Leben rufen, um die Expertise von Umweltverbänden, Wissenschaftlern und auch der Wirtschaft zu bündeln und der Politik konkrete Handlungsempfehlungen zu unterbreiten. Ich bin der Überzeugung, dass wir so gemeinsam effiziente und innovative Lösungen finden werden.
- *14 *Unentschieden:* Dach- und Fassadenbegrünungen sowie die Nutzung von Solarenergie auf den Dächern ist an vielen Stellen richtig und sinnvoll. In wenigen Fällen ist dies aber weder ökologisch (etwa negative Energiebilanz durch Verschattungen) noch ökonomisch sinnvoll, sodass ich eine grundsätzliche Verpflichtung ablehne. Ich möchte vielmehr, dass die Stadt bei ihren eigenen Gebäuden mit gutem Beispiel vorangeht. Sie muss ebenso privaten Bauherren mit Rat und Tat zur Seite stehen, sie proaktiv informieren und Fördermöglichkeiten bereitstellen.
- *15 *Ja,* aber mit Anreizen statt Verboten: Wir müssen die Investitionen in ÖPNV und separate, sichere Radwege deutlich erhöhen, um den Anteil des motorisierten Individualverkehrs zu senken. Gleichzeitig müssen aber viele Pendler in die Stadt und wieder hinaus. Hierbei setze ich auf Anreize und Belohnung statt auf Verbote. Die Instandsetzung und Ausweitung des Radwegenetzes ist ebenso Teil dieser Strategie wie der Bau von großen P&R-Stationen für den Umstieg auf Stadtbahn, Fahrrad oder E-Auto.

- *16 *Unentschieden*: Schottergärten sind ein ökologischer Albtraum. Richtig ist, dass Schottergärten bereits durch die Niedersächsische Bauordnung unzulässig sind, sofern die Versiegelung keinem weiteren Zweck dient. Was zulässig und unzulässig ist, ist rechtlich aber eine Gratwanderung. Ich setze allerdings nicht auf Restriktionen, sondern auf Öffentlichkeitsarbeit, direkte Ansprache und Unterstützung beim Rückbau bestehender Schottergärten.
- *17 *Nein*: Eine im Juni stattgefundene Anhörung im Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen hat ergeben, dass es für die meisten Landwirte auf dem Kronsberg nicht möglich ist, den Betrieb ökologisch zu betreiben. Durch die steinigten und tonigen Böden sind die Anbaumöglichkeiten so stark eingeschränkt, dass Ökolandbau nur unter starken Ertragsverlusten stattfinden kann. Das halte ich für unverhältnismäßig. Vielmehr muss mit den Akteuren vor Ort entschieden werden, wie die landwirtschaftlichen Flächen langfristig zu nutzen sind.
- *18 *Nein*: Eine verpflichtende Umstellung in nur drei Jahren lehne ich ab. Vielmehr möchte ich mit Blick auf die höheren Kosten, die Dritte zu tragen haben, Angebot und Nachfrage in Einklang bringen. Daher möchte ich damit beginnen, dass mindestens ein Gericht mit ökologischen, fair gehandelten und regional erzeugten Produkten zur Auswahl steht.

Belit Onay (Grüne)

- *19 *Ja*: Der Flächenverbrauch, insbesondere durch Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen, ist nach wie vor auch in Hannover zu hoch – mit allen negativen Folgewirkungen u.a. für die Artenvielfalt, das Stadtklima und die Lebensqualität. Daher sind **möglichst** alle 2019 verbleibenden, ökologisch bedeutsamen Frei- und Grünflächen im Bereich der LHH zu erhalten und wenn möglich planungsrechtlich abzusichern.
- *20 *Unentschieden*: Zur Erläuterung: Ja, wir GRÜNE hätten uns einen anderen Standort gewünscht und halten auch eine Stadtbahnanbindung für dringend notwendig. Die MHH und das Land haben aber anders entschieden, ich sehe hier keine Einflussmöglichkeiten. Siehe auch:
<https://ratsfraktion-gruene-hannover.de/meldungen/der-mhh-neubau-sollökologisch-vorbildlich-umgesetzt-werden>
- *21 Gebäudebegrünungen sind ein wichtiger Baustein der städtischen Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels mit immer mehr sommerlichen Hitzetagen. **Alle** städtischen und privaten Neubauten im Innenstadtbereich sind deshalb **obligatorisch** mit einer Fassadenbegrünung von mindestens 50 Prozent der Außenflächen zu versehen und bei Dächern bis 20 Prozent Neigung mit Dachbegrünungen. Bei städtischen Flachdächern werden Solarzellen in Kombination mit Gründächern obligatorisch, bei Neubauten auch im privaten Bereich.
(Ja): Wichtig: Ja, ich setze mich für mehr Dach- und Fassadenbegrünung ein, wobei die Fassadenbegrünung schwieriger umzusetzen ist. Mit einer Photovoltaik-Pflicht konnten wir GRÜNE uns im Rat nicht durchsetzen. In dem obigen Text erfordern insbesondere die Worte „alle“ und „obligatorisch“ diese zusätzliche Kommentierung.
- *22 *(Ja)*: Die städtischen Flächen auf dem Kronsberg werden derart neu geordnet, dass **mehr sie alle** biologisch bewirtschaftet werden. Der bestehende Kronsberghof kann wirtschaftlich weiter existieren, die Umstellung mindestens eines zweiten Betriebs auf Bioanbau wird von der LHH unterstützt. Ein besonderer Fokus soll dabei auf der Regionalvermarktung der landwirtschaftlichen Produkte liegen.

Ja, wir wollen dort mehr biologische Bewirtschaftung erreichen, das ist aber nicht leicht umzusetzen und wird auch dauern.

Joachim Wundrak (AfD)

- *23 *Unentschieden*: Dies ist für jede betroffene Fläche im Einzelfall zu entscheiden.
- *24 *Unentschieden*: Auch die Schwarze Heide sollte für eine moderate Bebauung, unter Berücksichtigung von zwingenden Naturschutzgründen, in Betracht gezogen werden können.
- *25 *Unentschieden*: Auf jeden Fall ist eine zweckmäßige Anbindung an die Stadtbahn zu realisieren.
- *26 *Ablehnung*: Dachbegrünungen stehe ich durchaus positiv gegenüber (habe schon vor 30 Jahren selbst eine angelegt), Zwang zu deren Installierung jedoch nicht.
- *27 *Ablehnung*: Auch der Pkw-Verkehr wird für viele Bürger in der Stadt und für Pendler wesentlicher Träger des Individualverkehrs bleiben.
- *28 *Zustimmung*: Jedoch wird Personalaufwuchs abgelehnt
- *29 *Ablehnung*: Ich mag sie auch nicht, lehne aber auch hier Bevormundung strikt ab.
- *30 *Zustimmung*: Jedoch darf die Funktion der Vorfluter, der Kanalisation und der Kläranlagen nicht beeinträchtigt werden.
- *31 *Unentschieden*: Jedoch darf es keinen Zwang zu Bio geben.

Bruno Adam Wolf (Piratenpartei)

- *32 *Ja*: Das habe ich ja im Rat beantragt!
- *33 *Ja*: Das ist wieder mein Antrag in der Stadt!

Iyabo Kaczmarek (Einzelkandidatin)

Alle Forderungen sind unablässig umzusetzen! Wichtig dabei ist, dass alle Maßnahmen, die für eine klimafreundliche und klimaschützende, ökologisch bewusste und Ressourcen schützende Stadtentwicklung, in Einbeziehung mit den Menschen dieser Stadt (Bürgerbeteiligung) und Fachexperten*innen (BUND, Ernährungsrat, ADFC, Transition Town, etc., der UNI, hiesigen Firmen (Landschaftsgärtnereien), Verwaltung (Agenda21, Bauverwaltung, Grünflächenamt, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung) und der Politik), gemeinsam nachhaltig geplant werden. Gutes Leben für alle heißt, alle mit einzubeziehen!

Stand: 08.10.2019

V. i. S. d. P.: Sabine Littkemann, BUND Region Hannover, Goebenstr. 3a, 30161 Hannover